

Beilage zu Nummer 268 der Volksstimme.

Montag den 15. November 1915.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 15. November 1915.

Krieg und Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau.

Der Verwaltungsbereich für das Jahr 1914, der infolge Personalmangels einige Monate später wie sonst erschienen ist, läßt deutlich die Einwirkung des Krieges auf die Tätigkeit und Finanzen der Invalidenversicherung erkennen. Jeder Kriegsmonat brachte einen Beitragsausfall von 200 000 Mark, so daß die Mindereinnahme durch die fünf Kriegsmomente im Berichtsjahre schon nahezu eine Million Mark beträgt. Die Beitragseinnahme des Jahres 1914 beläuft sich auf 8 318 599 Mark. Durch die weitere Einberufung von Versicherten ist im laufenden Jahre die Einnahme an Beiträgen noch geringer geworden; man rechnet bis zum Jahresabschluss mit einem weiteren Ausfall von zirka drei Millionen Mark, das ist ein Drittel der normalen Gesamteinnahme für Beitragsmonate.

Invalidenrenten wurden 3858 neu bewilligt. Anträge lagen 4504 vor, davon wurden 345 abgelehnt und 312 waren unerledigt. Insgesamt hatte die Anstalt am Jahresabschluss 27 754 Invalidenrenten zu zahlen im Betrage von 4 863 186 Mark, von dieser Summe hat das Reich 1 387 700 Mark zu tragen.

Anträge auf Altersrente sind 248 gestellt worden; davon wurden 202 bewilligt. Am Jahresabschluss liefen noch 1803 Altersrenten, die einschließlich des Reichsausfalls nur 205 309 Mark benötigten. Die Witwen- und Witwenrenten bedeuten keine große Belastung für die Anstalt. Die Ausgabe belief sich auf 51 613 Mark, davon trägt das Reich 32 950 Mark, so daß die Landesversicherungsanstalt ganze 18 663 Mark zu leisten hat. Anträge waren im Berichtsjahre 447 neu gestellt, bewilligt wurden 295, am Schluss des Jahres waren 659 Witwenrenten zu zahlen. Witwenrentenrenten kamen ganz vereinzelt in Betracht. Es lagen 15 Anträge vor, denen sämtlich stattgegeben wurde. Ausgegeben wurde für diesen Unterstützungszweig 1963 Mark, das Reich trägt 1250 Mark, es bleiben somit für die Landesversicherungsanstalt 713 Mark als Leistung übrig. Ein wenig mehr mußte für Waisentante aufgewendet werden. Zur Entscheidung fanden 1116 Anträge; in 938 Fällen wurde die Rente bewilligt. Im Jahre 1914 ist ein Mehreingang an Anträgen von 192 zu verzeichnen. Dieser Mehrbetrag ist fast ausschließlich auf den Krieg zurückzuführen. Unter den festgestellten Waisentanten befinden sich nämlich 172 Fälle, in welchen der Tod des Vaters durch den Krieg herbeigeführt wurde. Inzwischen hat im Jahre 1915 die Bewährung von Waisentanten für Kinder von Kriegseingesessenen eine beträchtliche Zunahme erfahren: bis Ende Juni d. J. sind schon 1369 Renten bewilligt, von denen sich die Hälfte auf solche Todesfälle bezieht, die bereits im Jahre 1914 eingetreten waren. Die Rentenansprüche wurden erst später geltend gemacht. Von den seit Inkrafttreten dieser Unterstützung bewilligten Renten waren am Schluss des Berichtsjahres noch 2036 Renten für 4795 Waisen zu zahlen. Der Gesamtjahresbetrag belief sich auf 156 817 Mark, wovon das Reich 119 875 Mark zu tragen hat. Witwengeld wurde in 168 Fällen bewilligt, darunter in 31 Fällen an Kriegseingesessenen, der gezahlte Gesamtbetrag macht 13 467 Mark aus. Der Krieg wird auch hier Mehrausgaben bringen; denn bis Ende Juni ist schon in 322 Fällen Witwengeld bewilligt worden.

Für Waisenaussteuer sind im Berichtsjahre in 10 Fällen rund 230 Mark gezahlt worden. Alle diese durch die Reichsversicherungsordnung neu eingeführten Unterstützungszweige bringen für die Landesversicherungsanstalt keine großen Mehrausgaben. Die Ausgaben hierfür stehen in gar keinem Verhältnis zu den nach Millionen zählenden Mehreinnahmen, die durch die Beitragserhöhung eingetreten ist.

Für Invalidenhauspflege sind 81841 Mark ausgegeben worden; in Pflege waren am Jahresabschluss 143 Rentempfangende, darunter 47 Frauen. Das eigene Invalidenheim „Schützenhof“ in Giesheim ist anbauend voll besetzt, so daß einzelne Bewerber abgewiesen werden mußten.

Ein freier Raum nimmt wieder das Heilverfahren im Bericht ein. Durch den Krieg ist ein Rückgang in der Gesamtzahl der in Heilbehandlung Genommenen eingetreten. Es sind 3152 Versicherte in Behandlung gewesen gegen 3578 im Vorjahre; den größten Prozentfall stellen, wie immer, die Lungentranken mit 1945 Patienten, darunter 472 weibliche Kranke. Auch für Zahnerkrankungen namhafte Beihilfen geleistet. Die Gesamtaufwendungen für Zahnerkrankungen betrugen für 1162 Personen 77 471 Mark, wovon die Landesversicherungsanstalt aber nur die Hälfte mit 38 735 Mark getragen hat. Künstliche Gliedmaßen sind 46 Personen verschafft worden mit einem Kostenaufwand von 3720 Mark. Eine große Steigerung haben die Aufwendungen zur allgemeinen Gebung der gesundheitlichen Verhältnisse der Versicherten, Vorbeugung von Krankheiten und Tuberkulosebekämpfung erfahren. Es wurden für alle diese Zwecke im Berichtsjahre 147 080 Mark hergegeben, gegen das Vorjahr mehr 105 055 Mark. Diese hohen Mehrausgaben sind durch den Krieg veranlaßt, es wurde für mancherlei Kriegsbedürfnisse und besonders für Verwundetenpflege Beitrag geleistet. Bis jetzt sind von der Landesversicherungsanstalt für alle diese Kriegszwecke schon 726 815 Mark verausgabt worden, darunter als Ehrengabe an die Sinterblenden der gefallenen Versicherten 290 565 Mark. Ferner sind Darlehen an Gemeinden zur Linderung der Kriegsnöte und an Krankenkassen zur Durchführung der Wochenhilfe hergegeben worden in Höhe von 3 461 200 Mark. Für Durchführung des Heilverfahrens gab die Landesversicherungsanstalt nahezu eine Million aus. Trotz alledem ist der Jahresabschluss ein günstiger, der Vermögensstand ist wieder beträchtlich gestiegen und zwar auf 78 793 736 Mark, rund 5 200 000 Mark konnten dem Vermögen neu beigelegt werden.

Von dem Vermögen der Anstalt ist wieder eine größere Summe dem Arbeiterwohnungsbaue zugeführt. Insgesamt sind 1914 neu angelegt 1 025 200 Mark, davon erhielt die Höldeheimer Spar- und Baugenossenschaft 75 000 Mark, unter anderen der Volks-Bau- und Sparverein 280 000 Mark, die Gemeinnützige Baugenossenschaft in Griesheim (Elektron) 110 000 Mark, die Baugenossenschaft des Kreises Höchst 116 900 Mark. An 31 einzelne Arbeiter sind unter Bürgerschaft von Darlehensfaktoren 126 250 Mark gegeben. Bis Ende des Jahres 1914 sind zum Bau von Arbeiterwohnungen überhaupt hergegeben 19 724 616 Mark, davon gingen 14 699 225 Mark an Baugenossenschaften und gemeinnützige Baugenossenschaften. An erster Stelle steht unsere Anstalt trotzdem nicht. Es haben einzelne Versicherungsanstalten prozentual noch mehr zum

Arbeiterwohnungsbaue gegeben, auch in unserem Bezirk könnte auf diesem Gebiete noch manches getan werden.

Das Feldpost-Päckchen!

Mitternachts grau hat mit vielem Bedacht für den Sohn im Felde zurechtgemacht. Ein Päckchen, um Hunger und Durst zu laben. Wie wird er sich freuen für diese Gaben! Wie's fertig, sie mit der Hand es wiegt, Ein Stimmchen auf ihren Lippen liegt. Wie kann so leicht nur dies Päckchen sein, Wo so viel Liebe ich schloß mit ein?" Marie Schleich.

Zur Steuerung der Getreide. Der Magistrat hatte, wie Herr Oberbürgermeister Gläffing in der letzten Stadtverordnetenversammlung mitteilte, die Absicht, mit Rücksicht auf den großen Getreidemangel zunächst 1000 Zentner Pflanzensetzlinge schon von dieser Woche ab zum Selbstkostenpreis von 2 Mark per Pfund an die minderbemittelte Bevölkerung zu verkaufen. Als minderbemittelte sollten Einwohner mit Einkommen bis zu 3000 Mark gelten. Mittlerweile hat die statistische Erhebung der städtischen Preisprüfungscommission ergeben, daß die Vorräte an Getreide in Wiesbaden noch erheblich geringer sind, als man zuerst angenommen hat. Der Magistrat hat daher beschlossen: das in den städtischen Kleinschläden zum Verkauf gelangende Pflanzensetzlinge an jedermann zum Preis von 2 Mark das Pfund abzugeben.

Die städtische Petroleumverteilungskasse für Zwecke der Seimarbeit und der Landwirtschaft ist wieder nächsten Montag, Dienstag und Donnerstag geöffnet.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie. In der Samstag-Vorstellung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie fielen 15000 Mark auf Nr. 82120, je 5000 Mark auf Nr. 3003 43992 58350, je 3000 Mark auf Nr. 10502 17030 30883 50544 61630 68000 68003 68229 68827 100411 107339 109383 110506 122050 125885 126344 138042 138889 130613 155724 160893 164695 165803 176548 184507 188086 190930 196692 197615 201153 201603 201655 201923 211151 217501 218314 224281 226679 231738 233027. — In der Nachmittagsziehung fielen 40000 Mark auf Nr. 187850, 10000 Mark auf Nr. 110278, 5000 Mark auf Nr. 173893, je 3000 Mark auf Nr. 4514 6389 8084 17017 18430 23116 24688 32398 51345 52388 56990 57561 70208 74886 78815 82705 92432 100509 103723 104830 108376 127790 135705 137036 144455 145196 160934 167936 175941 187660 188167 193352 198986 201777 215005. (Ohne Gewähr.)

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Viebrich, 14. Nov. (Aus der Partei.) Zunächst erstattete Genosse Soupt Bericht über die gepflogenen Unterhandlungen mit dem Bürgerverein zur Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatenliste zur Stadtverordnetenwahl. Versammlungen finden keine statt; zwei Tage vor der Wahl erscheinen in der „Volksstimme“ und in der „Tagespost“ gleichzeitige Wahlaufrufe. Die Diskussion hierüber war sehr lebhaft. Genosse Scheffler bedauerte den eubergigen Standpunkt der Bürgerlichen, besonders in der Abtretung des dritten Ersatzmandats an die Partei. Das Abkommen wurde darauf zurückgegriffen und die Genossen erludt, am 18. November von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Unter Parteiangelegenheiten wird nochmals auf die Weihnachtsfeierlichkeiten verwiesen. Am Sonntag den 20. d. M. findet ein Vortrag des Genossen Engelmann, Arbeitersekretär in Mainz, statt, der über das Thema: „Die Kriegsinvaliden und die Industriellen“ sprechen wird.

Behn, 15. Nov. (Musterung) der unangebildeten Wandstumpfschüler des Geburtsjahres 1897 findet für den gesamten Untertaunuskreis vom 22. bis einschließlich 26. November in Langenschwalbach statt. Außerdem haben an diesen Tagen die Mannschaften, welche vorläufig zurückgestellt sind, zur Nachmusterung zu erscheinen.

Behn i. T., 14. Nov. (Gemeindevorstellung.) Die Holzfabrikarbeiten in unseren Gemeindegewässern werden dem Holzhackermeister Theob. Schäfer zu den von ihm eingereichten Akkordpreisen übergeben. In Anbetracht der Teuerung sollen die Arbeiter Lohnaufbesserung erhalten. Die Kartoffelverförmung für unsere Gemeinde rief eine lebhafteste Debatte hervor. Besonders wurde bedauert, daß eine Reihe von Einwohnern, die heute noch Kartoffeln rufen, Ackerland brach liegen lassen. Die Gemeinde hat sich nicht mehr verpflichtet, für Kartoffeln zu sorgen und rechnet auf die Unterstützung und den Patriotismus (!) der Landwirte. Die Anträge wegen Gehaltserhöhung des Gemeindevorstandes und des Gemeindevorstandes wurden in Anbetracht der schlechten Verhältnisse abgelehnt. Für den Ausbau des Siedewegs sollen im kommenden Etat 1100 Mark eingestellt werden. Durch freiwillige Sammlungen und Beiträge der Gemeinde- und Kirchenscheine soll auch in diesem Jahre den Kriegsteilnehmern aus unserem Ort ein Weihnachtsfest überlassen werden. Ein Doppelzentner Reis, vom Landratsamt überwiesen, wird zum Selbstkostenpreis an die Kriegsteilnehmer abgegeben. Einige weitere kleinere Vorlagen wurden genehmigt, worauf die von 9 Vertretern besetzte Sitzung geschlossen wurde.

Aus den umliegenden Kreisen.

Ein interessanter Rechtsstreit

wurde in der Sitzung vom 13. November des Oberverwaltungsamtes zu Ende geführt. In der Verhandlung konnte festgestellt werden, daß das Oberverwaltungsamt alles getan hat, um der Verletzten, der jetzt 47 Jahre alt in Frankfurt wohnenden Ehefrau Friederich-Schneider Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Frau stürzte vor 14 Jahren aus einem Wagen und erlitt einen Schädelbruch, infolgedessen sie das Gehör teilweise verlor und hochgradige Zerrüttung des Nervensystems erlitt. Trotz dieses Zustandes unterließ sie es, eine Anzeige über den Unfall beziehungsweise einen Rentenanspruch geltend zu machen, obgleich der behandelnde Arzt eine 50prozentige Arbeitsunfähigkeit feststellte. Während sich der Unfall am 16. Oktober 1901 ereignete, konsultierte die Verunglückte im

März 1903 einen Arzt, um im September 1903, also in nicht verjährter Zeit, einen zweiten Arzt, Geh. Hofrat Dr. Krieg zu Stuttgart, wegen ihres Leidens zu Rate zu ziehen. Auch hier gab sie den Unfall an, unterließ es aber wiederum, ihre Rechte bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zu wahren. Selbst der Bruder der Verletzten, ein Schullehrer, der seine Ferienzeit bei den Eltern zubrachte, schrieb an Dr. Krieg am 1. August 1903 im Auftrag seiner Schwester, der Frau, daß sie sich nicht mehr recht im Kopfe sei, ihr den Weg zeigen, damit sie eine Unterstützung aus einer Invaliden- oder Krankenkasse erhalte.

Die Berufsgenossenschaft hat nun den Rentenanspruch, den die Verletzte im Oktober 1913, also nach 12 Jahren, geltend machte, abgelehnt, weil die Verletzte damals ohne Auftrag handelte, als sie sich auf den Wagen setzte. Ferner sei sie während der Fahrt eingeschlafen und dann vom Wagen gestürzt. Das war also eine nicht mit dem Betrieb verbundene, sondern eine dem vernünftigen Verhalten der Verletzten entgegengesetzte Gefahr, in die sich die Frau begab und die den Unfall herbeigeführt hat. Diese Einwendungen wurden in einer früheren Sitzung des Oberverwaltungsamtes nicht anerkannt. Es wurde vielmehr Beweisbeschluss erlassen, wegen von früher und jetzt zu vernehmen, ob eine Verschlimmerung des Leidens durch den Unfall im Oktober 1913 eingetreten sei. Die Gegenübernehmung war insofern für die Verletzte günstig, als nun einwandfrei festgestellt wurde, daß der Unfall eine 50prozentige Erwerbsbeschränkung zur Folge hatte. Andererseits wurde aber auch durch die Fargen der Nachweis erbracht, daß dieselben Erscheinungen, wie sie sich bei der Verletzten im Oktober 1913 zeigten, auch schon gleich nach dem Unfall beobachtet wurden. Nunmehr beharrte die Berufsgenossenschaft auf dem Einwand der Verjährung, dem sich auch das Oberverwaltungsamt in dem heutigen Termin anschloß und die Verurteilung wurde zurückgewiesen.

Wenn wir diese verjährte Unfallklage ausführlicher bringen, so geschieht dies zu dem Zwecke, unsere Leser immer wieder daran zu erinnern, bei etwaigen Unfällen sofort Unfallanzeige zu erstatten und zugleich Rentenansprüche zu stellen. Nur so kann der Verjährung vorgebeugt werden.

Schwanheim, 13. Nov. (Gemeindevorstellung.) Die Annahme eines Darlehens von 120 000 Mark zu 4% Zinsen mit 50prozentiger Tilgung bei der Nassauischen Landesbank mit sechsmonatlicher Kündigung wird beschlossen. Nach mehrmaliger Verhandlung in der Vertretung ist jetzt die kommunalarztentschädigung erledigt worden. Der Verband teilt in einem Schreiben mit, daß er noch Rücksprache mit der Ärztesorganisation der Gemeinde vorzulegen. Für die beiden Ärzte je 400 Mark jährlich ab 1. April 1916 bis 31. März 1917 und von da jährlich 500 Mark zu zahlen. Der Gemeinderat ist damit einverstanden. Einige Vertreter sind dagegen und verlangen mit Recht Unterlagen über deren Tätigkeit. Von irgend einer Seite fiel der Ausdruck: „Die sind schlimmer, wie die Genossen!“, worauf ein anderer erwiderte: „Si die hohes ja von dem geleitet!“ Ueber den Wert und Segen einer Berufsorganisation schienen die betreffenden Zwischenrufe wenig Abnung zu haben. Beschlossen wurde, bis 31. März 1917 den Beitrag zu bewilligen. Herr v. Eschmann hat der Gemeinde 300 Mark gespendet, jedenfalls für den billigen Kauf des Grund und Bodens am Poloplast. Der Beitrag wurde dem Armenfonds überwiesen.

Oberhörsfeld, 14. Nov. (Das alte Lied.) Beim leichtsinnigen Umgehen mit einem Dienstrevolver brachte hier ein gewisser Gruber seinem Vater eine gefährliche Schußwunde bei, die die sofortige Ueberführung des alten Mannes in das Kronberger Kaiserin-Friedrich-Krankenhaus erforderlich machte.

Hanau, 15. Nov. (Einbruch.) In einem hiesigen Schuhgeschäft ist ein Einbruch verübt worden. Es wurden etwa 5 Paar schwarze Herrenschuhschuhe, Größe 39-42, Wert 90 Mark, 3 Paar schwarze Damenschuhschuhe, Größe 38-42, Wert 126 Mark, 12 Dutzend Schuhbänder, Wert 12 Mark, verschiedene kleinere Sachen im Werte von 4 Mark entwendet. — (Gefunden) wurde ein altes Fahrrad, Marke „Diamant“. Sachdienliche Mitteilungen werden auf Zimmer 1 der Polizeidirektion erwidert. — (Erhöhter Findexlohn.) Der Findexlohn für aufgefunden und zur Ablieferung gelangende Infanterie-Patronenhalben ist von 25 auf 50 Pfennig für ein Kilogramm messende Halben erhöht worden. Im Stadteise Hanau erfolgt die Annahme der Patronenhalben bei der Hgl. Polizeidirektion, Zimmer 2. — (Die Polstücken) bleiben am Ruh- und Betttag geschlossen.

Hanau, 15. Nov. (Vom Arbeitsmarkt.) Bei der städtischen Arbeitsvermittlungstelle meldeten sich: Arbeiterinnen der: 1 Eisenformer, 1 junger Schneider, 1 Friseur, 2 Kontoristinnen (Aussüßgerinnen), 1 Lageristin, 2 junge Hausfrauen, 3 jüngerer Tagelöhner, 3 Fabrikarbeiterinnen, 3 Dienstmädchen, 2 Monatsfrauen. Gesucht werden: 1 Gartenarbeiter, ein Silberschmied, ein Hammerarbeiter, 1 Metallarbeiter, 1 Schmied, 2 Wuschelner, 2 Spengler, 3 Eisendreher, 2 Schlosser, 1 Mechaniker, 2 Autogewerksamer, 4 Maurer, 1 Zimmermann, 2 Antreiber, 1 Jäger, 1 Feder, 2 Hausfrauen, mehrere Erbsenarbeiter, mehrere hiesige Tagelöhner, 1 junger Fuhrmann, 2 Dienstmädchen, 3 Monatsfrauen nach hier; ferner noch auswärts: 1 Schlosser, 2 Arbeiter, 3 Fabrikarbeiter, 2 Erbsenarbeiter, 3 Dienstmädchen, 1 landwirtschaftlicher Acker.

Hanau, 15. Nov. (Weihnachtsgabe an die Kriegerfrauen.) In Uebereinstimmung mit den Anregungen zahlreicher Ortsverbände hat der Ortsverband des Holzarbeiterverbandes beschlossen, den Frauen der Kriegsteilnehmer auch in diesem Jahre eine Weihnachtsgabe aus Verbandsmitteln überreichen zu lassen. Empfangsberechtigt sind nur die Frauen, deren Männer zur Zeit der Auszahlung noch dem Heere angehören und mindestens 52 Kriegsteilnehmer erreicht haben. Die Auszahlung wird Mitte Dezember vorgenommen. Die Kriegsteilnehmer werden deshalb ersucht, ihre genaue Adresse bei dem Zustellungsamt Wilhelmstraße, Hanau, Mühlstraße 2, 4. Stad. persönlich oder durch die Unterkassiererin abgeben zu lassen. Die Weihnachtsgabe beträgt 6 Mark. Für die Hanauer Zustellungsamt kommen etwa 170 Kriegsteilnehmer in Frage. — (Auch der Arbeiterverband, der Zahlstelle Hanau) gewährt eine Weihnachtsgabe an die Frauen der im Felde stehenden Soldaten. In Betracht kommen ebenfalls nur Mitglieder, die mindestens ein Jahr dem Verbande angehören und 52 Wochenbeiträge geleistet haben. Der Vorstand ersucht die betreffenden Frauen, die Mitgliedsbücher, soweit sie noch nicht in seinen Händen sind, umgehend an den Kassierer Aug. Knäuper, Kärnerstraße 60, abzugeben. Ohne Nach kann keine Auszahlung erfolgen.

Hanau, 14. Nov. (Die neuen Fleisch- und Wurstpreise.) Nach den Bestimmungen des Landrats betragen laut

